



Johann N. Schneider-Ammann,
Bundespräsident
Kommunikationsdienst GS-WBF
Bundeshaus Ost
CH-3003 Bern

Binz, den 15. Dezember 2016

Betreff: Syrien-Sanktionen

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Schneider-Ammann

Die derzeitige humanitäre Katastrophe in Aleppo erhöht die Besorgnis von CSI über die Wirtschaftssanktionen, die von den USA, der EU und der Schweiz gegen Syrien verhängt wurden. Diese Sanktionen wurden nicht von der UNO gebilligt und stellen die Verpflichtung der Schweiz gegenüber ihrer humanitären Tradition und Neutralität in Frage.

Es besteht Grund zur Annahme, dass die Sanktionen für die syrische Zivilbevölkerung katastrophale Folgen haben. Sie wirken als Kollektivstrafe gegen das syrische Volk, das so für die Taten seiner Regierung büsst. Es ist möglich, dass die Wirtschaftssanktionen ebenso viel Tod, Zerstörung und Vertreibung verursachen, wie die direkte Kriegsgewalt.

Unsere Besorgnis wurde durch einen kürzlich von der DEZA finanzierten Bericht, den die Wirtschafts- und Sozialkommission der Vereinten Nationen für Westasien (UNESCWA) in Auftrag gegeben hatte, verstärkt. Dieser interne Bericht gibt an, dass die Sanktionen „ein Hindernis für die zielgerichtete und schnelle Lieferung von humanitärer Hilfe“ darstellten. Ebenfalls warnt der Bericht davor, dass „die Sanktionen zu einer neuen Katastrophe“ führen könnten, weil sie „vernichtende wirtschaftliche und humanitäre Folgen“ nach sich zögen. In den fünf Jahren ihres Bestehens haben die Sanktionen offensichtlich keine Verbesserungen für das syrische Volk erreichen können.

Der Bericht empfiehlt, dass diejenigen Staaten, die diese Wirtschaftssanktionen verhängt haben, unverzüglich eine „strategische Überprüfung“ vornehmen „um sicherzustellen, dass die Sanktionen weder humanitäre Hilfslieferungen, noch die Bemühungen um einen Wiederaufbau innerhalb Syriens übermässig behindern“.

CSI möchte Sie dazu ermutigen, beim SECO – das die Sanktionspolitik des Bundes koordiniert – eine solche „strategische Überprüfung“ einzuleiten. Zugleich sollte auch ein Kontrollmechanismus etabliert werden, der die Auswirkungen der Wirtschaftssanktionen auf die syrische Zivilbevölkerung überwacht. Das Ergebnis einer solchen SECO-Überprüfung sollte öffentlich gemacht werden.

In der Beilage senden wir Ihnen den UNESCWA-Bericht und zwei Medienartikel, die sich mit dem Bericht befassen.

Mit freundlichen Grüssen

John Eibner, Ph.D.
Mitglied der Geschäftsleitung
(Naher Osten)

Benjamin Doberstein
Geschäftsführer